

würde höchstens zu einer Beitrags-senkung von 40 Pfennig im Monat führen.

Eine Senkung der Arzneimittelpreise nur durch Reduzierung der Apothekenzuschläge müsse von den Apothekern klar abgelehnt werden, denn schließlich hätten auch sie ein Recht zum Überleben. Die Apothekerschaft stehe jedoch den Reformvorstellungen des Bundeswirtschaftsministeriums positiv gegenüber, soweit sie dazu beitragen würden, den Arzneimittelmarkt transparenter zu machen, Mißstände zu beheben und die Bildung einheitlicher Apothekenverkaufspreise durch gesetzliche Regelungen zu ermöglichen. ID-ÄP

Jahrestreffen der Anonymen Alkoholiker

Vom 24. bis 26. Mai findet in der Grugahalle in Essen das Jahrestreffen 1974 der „Anonymen Alkoholiker“ statt. Ärzte sind insbesondere eingeladen, an den Sitzungen der Arbeitskreise teilzunehmen, die sich mit „Alkoholkrankheit und Medikamentenmißbrauch“, mit der Tätigkeit der Anonymen Alkoholiker in Strafanstalten und ihrer Tätigkeit in Kliniken beschäftigen. Dies sind die Arbeitskreise 6, 7 und 8 der Tagung, die am 25. Mai zwischen 9 und 13 Uhr zusammenkommen. In einer öffentlichen Veranstaltung, ebenfalls am 25. Mai, nachmittags, hält, nach Grußworten des Bundesgesundheitsministers und des Oberbürgermeisters der Stadt Essen, der Direktor der psychosomatischen Klinik der Universität Heidelberg, Prof. Dr. Walter Bräutigam, einen Vortrag über das Thema „Die Anonymen Alkoholiker — ein Beispiel der Selbsthilfe in unserer Zeit“. Der Veranstalter weist insbesondere darauf hin, daß eine Reihe von Ärzten aus der Bundesrepublik, die mit der Alkoholikerbehandlung im Bereich der „Anonymen Alkoholiker“ befaßt und darin erfahren sind, an dem Treffen teilnehmen und Kollegen, die sich für diese Fragen interessieren, zur Verfügung stehen werden. Zz

Jubiläumsfeier der DAK

Vorstandsvorsitzender Brandt und Bundesarbeitsminister Arendt zu aktuellen Fragen der Krankenversicherung

Mit einer Vertreterversammlung und einer Festveranstaltung im Congress-Centrum Hamburg beging die Deutsche Angestellten-Krankenkasse am 3. Mai ihr 200jähriges Bestehen. Sie führt ihren Ursprung zurück auf die „Kranken- und Sterbekasse des Handlungsgehilfenvereins“, die 1774 in Breslau gegründet wurde.

Ende 1973 waren bei der DAK 3,4 Millionen Mitglieder und 2,1 Millionen Angehörige versichert, insgesamt also fünfeinhalb Millionen Personen. Der Mitgliederzugang im vergangenen Jahr betrug 4,14 Prozent oder 135 000 Personen. Hauptgeschäftsführer Matysik erinnerte daran, daß eine solche Steigerung noch im Jahre 1946 fast ein Drittel des damaligen Mitgliederbestandes von rund 430 000 gewesen wäre.

Der Bericht des Vorstandsvorsitzenden Hermann Brandt vor der Vertreterversammlung begann mit der Erfolgsmeldung, daß für 1973 mit einem Überschuß der Einnahmen über die Ausgaben zu rechnen ist und daß daher Beitragsveränderungen nicht beabsichtigt sind. Wegen der Kostenentwicklung lasse sich allerdings noch nicht voraussehen, ob das Jahr 1974 einen ebensolchen Abschluß bringen wird.

Die Kosten für die Krankenhausbehandlung sind 1973 gegenüber dem Vorjahr um 23 Prozent gestiegen, und für 1974 wird mit einer Erhöhung um 22 Prozent gerechnet. Auch bei Arzneien, Heil- und Hilfsmitteln sowie bei der ärztlichen Behandlung sind 1974 erhebliche Kostensteigerungen zu erwarten.

Anschließend kam Hermann Brandt auf gesundheitspolitische Einzelprobleme zu sprechen, mit denen

sich die DAK auseinandersetzen muß. An erster Stelle nannte er die Begleitmaßnahmen zur Reform des § 218 StGB. Dies sei ein Beispiel dafür, wie die Kosten von sozial- oder gesellschaftspolitischen Entscheidungen einfach auf die Versicherungsgemeinschaften abgewälzt würden. Der Gesetzgeber biete zwar für alle Kassen zusammen einen jährlichen Pauschbetrag von 55 Millionen DM.

▷ Die tatsächlichen Mehraufwendungen dürften aber etwa 300 Millionen DM betragen. Soweit nicht medizinische Gründe einen Schwangerschaftsabbruch erzwingen, müsse vom Bund voller Kostenersatz gefordert werden.

Zu den Maximen und Vorschlägen für eine Änderung des Kassenarztrechts, welche die Bundesverbände der Orts- und der Betriebskrankenkassen kürzlich vorgelegt haben, erklärte Hermann Brandt wörtlich:

▷ „Diese Vorschläge sind deshalb für uns von besonderer Bedeutung, da mit ihnen auch die Abschaffung des Status der Ersatzkassen gefordert wird. Begründet wird die Forderung damit, daß die Sonderstellung in den Beziehungen zu den Kassenärzten, die keiner gesetzlichen Regelung unterliegt, nicht zu vertreten sei. Sie erlaube den Ersatzkassen, den Eindruck zu erwecken, als handele es sich bei der Leistung, die sie anzubieten haben, um eine ärztliche Behandlung besonderer Qualität.“

Der DAK-Vorsitzende wies darauf hin, daß der Vorstand des Verbandes der Angestellten-Krankenkassen eine Kommission mit der Ausarbeitung von Gegenvorschlägen beauftragt hat. Er selbst wolle sich

NACHRICHTEN

daher bei dieser Gelegenheit nicht mit Einzelheiten befassen. Es stehe jedoch fest:

▷ „In der vorliegenden Fassung kann das Papier nicht die Zustimmung der Ersatzkassen finden, weil es mit dem Vorwand, daß Sonderrechte abgeschafft werden sollen, Vereinheitlichungstendenzen trägt, die die Frage der gegliederten Sozialversicherung unmittelbar betreffen.“

Schließlich begrüßte Hermann Brandt die Weiterentwicklung der Vorsorgeuntersuchungen, zum Beispiel die geplante Ausdehnung auf die Früherkennung auf Krankheiten des Herz- und Kreislaufsystems und die beabsichtigte Prüfung der Frage, ob es zweckmäßig ist, die Altersgrenzen für die Vorsorgeuntersuchungen herabzusetzen. Die DAK werde alle einzelnen Vorhaben aufmerksam verfolgen und wie bisher eigene Überlegungen vorantreiben mit dem gleichen Ziel: die Gesundheit sicherer zu machen.

In diesem Jahr lag es nahe, daß der DAK-Vorsitzende im Zusammenhang mit den Sozialversicherungswahlen sich ausführlich auch mit der Selbstverwaltung in der Sozialversicherung beschäftigte. Er erwähnte den Referentenentwurf der „Gemeinsamen Vorschriften

für die Sozialversicherung“ für das geplante „Sozialgesetzbuch“. Hier gebe es einige Neuregelungen, die entscheidend in das bisherige partnerschaftliche Verhältnis zwischen Staat und Selbstverwaltung eingreifen, und zwar im Sinne einer Gewichtsverlagerung zugunsten des Staates.

In seinem Grußwort an die Festveranstaltung erinnerte der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Walter Arendt, daran, daß die DAK als Selbsthilfeeinrichtung auf der Grundlage der Solidarität entstand, die auch heute noch tragendes Element der sozialen Krankenversicherung ist. Die aktive Sozialpolitik des Staates sei seitdem neben die Selbsthilfe getreten.

Die finanzielle Entwicklung in der Krankenversicherung beruhe auf einer Reihe von verschiedenen Faktoren, zu denen nicht nur die steigenden Kosten gehören, sondern auch die vermehrte Inanspruchnahme von Leistungen der Krankenversicherung wegen der veränderten Altersstruktur, dem stärker entwickelten Gesundheitsbewußtsein und den Leistungsverbesserungen.

Zu anderen aktuellen Problemen der Krankenversicherung erklärte Bundesminister Arendt wörtlich:

▷ „Es bestehen erhebliche Unterschiede in den Beitragssätzen zwischen den einzelnen Krankenkassen, die die Frage nach dem Solidarausgleich unter allen Versicherten herausfordern. Ich bin der Meinung, daß auch solche schwierigen und vielschichtigen Probleme Schritt für Schritt gelöst werden können.“

▷ Für mich stellt die Schaffung einer Einheitsversicherung nicht das Patentrezept dar, das uns mit einem Schlag aller Schwierigkeiten entledigen könnte.

Ich bin vielmehr der Meinung, daß alles getan werden muß, um aus den geschichtlich entstandenen Trägerstrukturen neue rationelle Verwaltungsstrukturen zu entwickeln, die auch den Anforderungen der nächsten Jahrzehnte gerecht werden.“

Die Selbstverwaltung der Träger der Krankenversicherung werde in der Zukunft die Aufgabe haben, an der weiteren Entwicklung als Partner des Staates gestaltend mitzuwirken, sagte Bundesminister Arendt, während der Staat das Recht der gesetzlichen Krankenversicherung den wirtschaftlichen, medizinischen und gesellschaftlichen Veränderungen anpassen müsse. DAK/gb



Foto links: Im Congress-Centrum Hamburg während der Festveranstaltung der DAK. — Foto rechts: Bundesminister Walter Arendt, der Erste Vorsitzende der Kassenärztlichen Bundesvereinigung, Dr. Hans Wolf Muschallik, und der Vorstandsvorsitzende der DAK, Hermann Brandt (von links nach rechts), anläßlich des Festaktes
Fotos: Germin, Kleiner